

Posener Zeitung.

Nº 70.

1849.

Sonnabend den 24. März.

Beim Ablauf des Isten Quartals bringen wir in Erinnerung, daß hiesige Leser für dieses Blatt 1 Rthlr., auswärtige aber 1 Rthlr. 7½ Sgr., als vierteljährliche Pränumeration zu zahlen haben, wofür diese, mit Ausnahme des Montags, täglich erscheinende Zeitung auf allen Königlichen Postämtern durch die ganze Monarchie zu haben ist. — Die Pränumeration für ein Exemplar mit Schreibpapier beträgt 15 Sgr. für das Vierteljahr mehr als der oben angegebene Preis. — Bei Bestellungen, welche nach Anfang des laufenden Vierteljahrs eingehen, ist es nicht unsere Schuld, wenn die früheren Nummern nicht nachgeliefert werden können.

Zur Bequemlichkeit des hiesigen gelesenen Publikums wird auch der Kaufmann Herr G. Bielefeld, Markt No. 87., Pränumerationen auf unsere Zeitung pro Isten Quartal annehmen, und die Zeitung von des Morgens 7 Uhr an ausgeben. Posen, den 15. März 1849.

Die Zeitungs-Expedition von W. Decker & Comp.

Bekanntmachung.

Das General-Postamt hat bereits wiederholt darauf aufmerksam gemacht, daß jetzt, nachdem das für deklarierte Geldsendungen zu zahlende Porto beträchtlich herabgesetzt worden ist, es im Interesse der Verender von Geldern und wertvollen Gegenständen liegt, den Werth solcher, der Post anvertrauter, Sendungen zu deklarieren.

Dessen ungeachtet gelangen noch fortwährend Reklamationen wegen angeblich zur Post gelieferter, aber nicht an ihre Adresse gelangter Geldbriefe an das General-Post-Amt.

Die in Folge solcher Reklamationen angestellten Nachforschungen sind in der Regel erfolglos, weil in vielen Fällen nicht einmal die wirkliche Einlieferung der Briefe und Gelder außer Zweifel gestellt werden kann, überdies auch die Natur des Postdienstes nicht erlaubt, jeden gewöhnlichen Brief mit solcher Sorgfalt zu behandeln, daß dessen Verbleiben nachgewiesen werden könnte. Die Verender von Geldern werden daher wiederholt dringend aufgefordert, den Inhalt solcher Sendungen zu deklarieren. Die dafür zu zahlende Gebühr ist im Verhältniß zu dem Werth der Sendung somäßig, daß sie gegen die Sicherheit nicht in Betracht kommen kann, welche durch die Deklaration erlangt wird. — Für den Verlust nicht deklarerter Geld- und Wertsendungen wird von der Postverwaltung in keinem Falle Ersatz geleistet. Wer die Deklaration daher unterläßt, hat den für ihn daraus entstehenden Nachtheil lediglich sich selbst zuzuschreiben. Berlin, den 9. März 1849

General-Post-Amt.

finden daher entschlossen, falls ihres Deputirten Gesundheit eine längere Abwesenheit notwendig macht, ihn zu bewegen, daß er sein Mandat aufzugeben möge, damit zu Gunsten seiner Partei eine Neuwahl stattfinden könne.

Den Kommandeur in den Marken, Herrn General Wrangel erblickt man jetzt öfter als sonst, in Begleitung eines seiner Adjutanten, zu Hause, die Stadt durchwandern, wobei er den öffentlichen Schausälen, namentlich denen der Buch- und Kunsthändler viel Aufmerksamkeit widmet. So verweilte er gestern längere Zeit vor dem Kunstabteil des Herrn Kasally, wo er das auf einem Blatt dargestellte Gesammtporträt des Sieuerverweigerer sorgfältig betrachtete.

Der elektromagnetische Telegraph, der zwischen Berlin und Frankfurt a. M. eingerichtet ist, hat in Kurzem, wenn Versuche, die in diesem Augenblick angestellt werden, gelingen sollten, eine beträchtliche Verbesserung zu erwarten. Die Verbesserung, welche bewerkstelligt werden soll, hat hauptsächlich in einer Vereinfachung des Apparats ihren Grund. Der Apparat, welcher bei der neuen Einrichtung in Anwendung gebracht werden soll, ist übersaus kompodiös und wird, wie Techniker versichern, zu einer schnellen Vermittelung der Nachrichten wesentlich beitragen. Ein Amerikanischer Ingenieur, Herr Robinson, und ein Deutscher Techniker haben vor einigen Tagen auf Veranlassung des Gouvernementis die Versuche begonnen.

Otto Schomburgk nahm vorgestern von den Mitgliedern des Handwerkervereins, für welchen er Jahre lang unermüdlich und uneigennützig gewirkt, feierlich Abschied. Das Lokal sollte die Masse der Herbeigeströmten, welche dem werten Manne ein Lebewohl sagen wollten, nicht fassen. Schomburgk selbst war von Mührung sichtlich überwältigt. Unter Anderm wurde dem Scheidenden auch zum Andenken des Vereins eine Denkmünze, so wie eine Adresse des Vereins und des Vorstandes überreicht. Vor der gestern Morgen erfolgten Abreise Schomburgks nach Hamburg wurde demselben noch von dem Vergnügungs-Comité des Vereins eine Flinte und Jagdtasche zum Geschenk gemacht. Auf dem Hamburger Eisenbahnhof hatten sich gestern wieder viele Mitglieder des Handwerker-Vereins, so wie dessen Vorstand mit ihrem Bauner eingefunden, um Schomburgk ein herzliches Lebewohl nach dem Vortrage mehrerer Männer-Chöre zuzurufen. Außer Mücke und Schomburgk wandern noch 40 Mitglieder des Vereins jetzt nach Südaustralien aus. Auch die übrigen, von hier dorthin Auswandernden fuhren heute nach Hamburg. Nächsten Donnerstag den 22. erfolgt in Hamburg die erste Einschiffung der Auswanderer nach Südaustralien, wohin sie der Himmel glücklich führen und ihnen dort ein glückliches und zufriedenes Loos bereiten möge! In etwa acht Monaten werden die ersten Nachrichten aus der neuen Heimat hierher gelangen.

Berlin, den 21. März, 8 Uhr Abends. Wie wir so eben vernehmen, ist aus Frankfurt eine telegraphische Depesche des Inhalts angelangt:

Der Antrag auf Tagesordnung wurde heute verworfen mit 272 gegen 267 Stimmen.

Der Antrag des Verfassungs-Ausschusses wurde verworfen mit 283 gegen 252 Stimmen.

Die weitere Abstimmung ist auf morgen vertagt.

Die Minister haben sich nach Ankunft dieser Depesche sofort zu Sr. Majestät dem Könige begeben. (D. R.)

Berlin, den 22. März. Die Majorität von 40 Stimmen, welche sich gestern für den Paragraphen der Adresse über den Besatzungszustand gefunden hat, ist keine dauernde, sondern nur eine zufällig für diesen Punkt erreichte, indem die verschiedensten Motive zusammenwirkten, um dieses Resultat zu geben; selbst die Furcht vor erneuerten Misshandlungen gegen die Deputirten mag ihren Theil daran haben.

Vorgestern Nachmittag trafen zwei Kabinets-Couriere aus St. Petersburg hier ein. Die von ihnen überbrachten Depeschen müssen von großer Wichtigkeit gewesen sein, da die darauf ertheilte Antwort noch am Abend nach St. Petersburg gesendet wurde.

Die Linke der zweiten Kammer wird sich in der Adress-Debatte nur noch bei dem die Amnestie und dem die Deutsche Frage betreffenden Passus betheiligen und dann den dringlichen Antrag stellen, die ganze Adresse en bloc anzunehmen, damit man schneller zur Verfassungs-Revision komme. Die Polen, die vorgestern bei der Abstimmung die Linke verließen, sollen beobachtigen, sich ganz von der äußersten Linken zu trennen. In der Finanz-Commission hat die Linke das entschiedene Uebergewicht, das Verhältnis ist wie 12 zu 9. Herr v. Kirchmann wird wahrscheinlich zum Präsidenten derselben gewählt werden. — Die Opposition beklagt sich, daß die Abgeordneten Reuter aus Königsberg und Preuß in

ihren Reihen Platz nehmen, um die Unentschiedenen auf dieser Seite der Kammer bei Abstimmungen für das Interesse, der jenseits angehörten, zu gewinnen.

Über den von dem Abgeordneten d'Ester in der gestrigen Sitzung der Kammer erwähnten Vorfall, daß dessen Wohnung heimlich von der Polizei durchsucht worden sei, erfährt man Folgendes: Der betreffende Revier-Commissarius erhielt die Anzeige, daß in der erst ganz kürzlich bezogenen Wohnung des Abgeordneten d'Ester eine bedeutende Quantität Schießbedarf verborgen sei. Der Revier-Commissarius machte hiervon dem Hauswirth vertrauliche Mittheilung und von diesem ist darauf das Zimmer des Herrn d'Ester durchsucht worden, ohne daß selbst der Revier-Commissarius wußte, daß das fragliche Zimmer dasjenige war, welches Dr. d'Ester bewohnte. Das Polizei-Präsidium soll von der Sache gar keine Kenntnis gehabt haben.

Vor der Abtheilung des Kriminalgerichts für Kapitalverbrechen stand gestern unter dem Vorsitz des Direktors Sarasow bis zum späten Abend eine der interessantesten Gerichtsverhandlungen statt, welche wir seit Einführung des öffentlichen Gerichtsverfahrens erlebt haben. Eine junge Jüdin, Namens Gutstädt, stand unter der Anklage ihr dreijähriges, außer der Ehe erzeugtes Kind ermordet zu haben. Das Kind, ein niedliches Mädchen, war am Morgen des 26. August v. J. an der Hand der Mutter von Hause fortgegangen, die Mutter kehrte bald darauf ohne das Kind mit der Angabe zurück, daß ihr solches unterwegs während eines Gesprächs mit einer fremden Person abhanden gekommen sei; einige Stunden später fand man das Kind, seiner Kleider beraubt, tot mit einer Schlinge um den Hals in dem hinter der Louiseinsel im Thiergarten belegenen Graben vor. Es waren zwar mehrere gewichtige Verdachtsgründe vorhanden, welche dafür sprachen, daß die Angeklagte selbst die Mörderin ihres Kindes gewesen sei und der Staatsanwalt Herr Neumann beantragte gegen dieselbe Schleifung zur Richtstätte und die Todesstrafe des Rates von unten. Andererseits war aber das Sachverhältniß nicht vollständig aufgeklärt und es gelang daher dem Vertheidiger der Angeklagten, Herrn Dr. Sieber, so viele Vertheidigungs-Momente zu entwickeln, daß der Gerichtshof über die Angeklagte die Entbindung von der Anklage aussprach und dieselbe sofort auf freien Fuß setzte. — Es erzeugte diese Verhandlung eine solche Aufregung im Publikum und die Ansichten darüber, ob die Angeklagte an diesem furchtbaren und unerhörten Verbrechen schuldig oder unschuldig sei, waren im Publikum so sehr getheilt, daß sich gegen Abend ein sehr starker Zusammenlauf von Menschen vor dem Gerichtsgebäude bildete. (Voss. Ztg.)

Berlin, den 22. März. Die Aussichten einer friedlichen Lösung der Dänischen Frage verdunkeln sich. Abgesehen davon, daß die Siftrung der diesseitigen Truppenmärkte nach den Herzogthümern durch Kontreordre 4 Stunden später zurückgenommen ist, so scheint das Dänische Kabinet, gestützt auf Rusland, auf eine Verlängerung des Waffenstillstandes einzugehen nicht gesonnen, ja sogar auf eine bis zum 15. April proponierte Waffenruhe noch nicht einmal geantwortet zu haben. Hierauf ist die Angabe der Ost.-Z., daß die Erhaltung des status quo bis zum 15. April von Dänemark bereits angenommen sei, zu berichtigten. Ebenso haben wir Ursache, Dänemarks Bereitwilligkeit zu bezweifeln, auf Lord Palmerston's Friedensvorschläge einzugehen. In den Herzogthümern selbst zweifelt man nicht daran, daß es zum Kriege kommt, ebenso in Kopenhagen.

In der nächsten Sitzung der ersten Kammer wird Graf Dyhrn den Minister der auswärtigen Angelegenheiten auffordern:

Der Kammer die Circular-Note vom 10. d. M. vorzulegen und den Inhalt gegen die Kammer zu begründen, so wie zur Beruhigung des Vaterlandes die Politik, welche das Preußische Kabinet in der Deutschen Frage gegenüber der Österreichischen zu verfolgen gedenkt, der Kammer offen und klar vorzulegen.

Begründet ist diese Anfrage dadurch, daß die erwähnte Note als eine unzeitige Bereitwilligkeit des diesseitigen Kabinetts die Vorschläge Österreichs auch als Grundlagen zu einer Verständigung mit der Frankfurter National-Versammlung gelten zu lassen, erscheint, gegenüber den offenbar gegen Deutschland und Preußen feindseligen Erklärungen, und daß angenommen werden muß, ihr gegenwärtiges Erscheinen werde auf die Beschlüsse der Deutschen National-Versammlung nachtheilig einwirken.

Was jetzt hat die Interpellation Unterstützung von schon 22 Mitgliedern erhalten, unter denen die Namen Milde, Hesse, Kub, Baum stark, Frhr. v. Bünke, Knoblauch bemerkt werden.

Danzig, den 19. März. Der gestrige Tag war für Danzig ein Tag des Kampfes und der Unruhe: es ist Bürgerblut gespilt. Die Demokraten, welche den 18. März durch ein so großes Bataillon in dem, 1½ Meilen entfernten Seebade-Orte Czajowitz beschlossen hatten, wurden auf dem Wege dahin, erst auf einer dem Fort Hagelsberg gegenüberliegenden Brücke,

dann am Olivaer Thore und im Park, von Reactionären, die mit Messern, Knütteln und Zaunpfählen bewaffnet waren, und meist den untersten Volkschichten angehörten, meuchlerisch überschlagen. Dem ihnen zugesagten Schutz der Behörden wenig vertrauend, hatte ein Theil der Demokraten sich mit Hieb- und Schußwaffen verschanzt; doch nur die geringere Hälfte. Diese erwiederten den Anfall durch ein lebhafes, wohlberechnetes Feuer; mussten aber bald der Überzahl weichen. Ihre Fahnen wurden zerrissen und in den Roth getreten, darunter auch die dreifarbige deutsche. Der Straßenkampf war blutig und erbittert; man zählte 13, meist schwer Verwundete, und 4 Tote, letztere auf Seiten der Reactionären. Hessenliches und Privateigentum ward demolirt; die Polizei aber, unter deren Augen es geschah, mischte sich gar nicht in den Kampf, und das Militär erschien erst, als fast Alles beseitigt war, auf dem Platze. Die gerechte Entrüstung über den Anfall ist allgemein, und wird selbst von bestigen, aber rechlichen Gegnern der Demokraten gehalten.

Bremenhaven, den 16. März. Heute früh kam die erste der drei großen Dampf-Fregatten von Liverpool hier an, die für die Deutsche Flotte angemeldet sind. Es ist ein ausgezeichnet schönes und starkes Schiff von 440 Pferdestärke, das mit drei 68-pfündigen Bombenkanonen und sechs 32-Pfündern bewaffnet werden soll. Leider aber kam wenige Stunden später auch die Hiobspost, daß die zweite eben so große Dampf-Fregatte, die wo möglich noch schöner sein soll, bei Verschelling an der Holländischen Küste gescheitert und nur ein Theil der Mannschaft gerettet sei. Dieser schwere Verlust ist für den Augenblick unerschöpflich. Ob dabei irgend ein Verschulden von Seiten des Besitzhabers oder der Mannschaft obwaltet, wird die anzustellende Untersuchung ergeben. Für jetzt fehlen uns noch alle näheren Nachrichten.

Hamburg, den 20. März. Eine spätere Nachricht meldet: Die Deutsche Kriegs-Dampfsfregatte Akadia, welche auf ihrer Reise von Liverpool nach Bremen auf Verschelling an der Holländischen Küste festgerathen war, ist mit Hülfe von Booten wieder abgekommen, und wollte nach Berichten aus Amsterdam vom 17. d. M. schon in den nächsten Tagen ihre Reise forsetzen. — Die Ankunft der Britannia auf der Weser hat sich bis heute nicht bestätigt.

Dresden, den 20. März. In der Nacht von vorgestern zu gestern starb hier an den Pocken im Alter von 43 Jahren der Direktor der technischen Bildungsanstalt Dr. Seebach, der dazu bestimmt war, in Leipzig die Stelle des Physikers Prof. Weber (eines der Göttinger 7) zu ersegen.

München, den 17. März. Die in unmittelbarer Folge des Sturzes des Abel'schen Systems von hiesiger Universität entfernten Professoren Lassaulx und Phillips sind in ihre früheren Stellen wieder eingefestigt worden, und zwar ersterer in hiesiger, letzterer an der Universität Würzburg. Demgemäß können wir demnächst auch die Rückkehr von Döllinger und Hößler, wie die Ernennung Sepp's zum Professor erwarten und dem Wiederaufleben der ultramontanen von ihnen vertretenen Richtung in unserm Vaterland entgegen sehen.

Frankfurt a. M., den 19. März. (D. P. A. Z.) 188ste Sitzung der verfassunggebenden Reichs-Versammlung. Tagesordnung: Fortsetzung der Beratung des von Welcker gestellten Antrages. Vorstehender: Präsident Simson.

Auch zu der heutigen Sitzung hatte sich wieder eine sehr zahlreiche Zuhörerschaft eingefunden und schon von halb neun Uhr an die Galerien und die Tribünen in dem Saale besetzt. Um ein Viertel nach neun Uhr wird die Sitzung unter den gewöhnlichen Formalitäten eröffnet.

Wydenbrugk von Weimar widerlegt zunächst die von Vogt in der letzten Sitzung geäußerten Ansichten, daß man Österreich den Krieg erklären, daß man einen Direktor ernennen solle. Er meint, daß, wer die Welt aus ihren Angeln hebbe, solle, zunächst einen Standpunkt haben müsse. Der Beschuß müsse endlich einmal gefaßt werden, sonst komme man zu gar keinem Beschuß. Nicht die Oktohirung fürchtet der Redner, wohl aber die natürliche Abspannung, den Marasmus. Eine längere Zögereung, wie v. Radowitz solche anrathet, würde ganz bestimmt Republikaner und Kosaken auf unsere Fluren locken. In Österreich werde mit der Zeit die Idee doch den Sieg davon tragen, und bestimmt würden die Österreichische, die man jetzt mit bitterem Schmerze scheiden sehe, wiederkehren. Eine zeitweilige Übertragung der Kaiserkrone würde Deutschlands Lage nur verschlimmern. Der Redner schließt sich entschieden der Ansicht des Preußischen Erbkaiserthums an.

Raveau fragt, welche Garantien Berlin für Deutschland böte. Er vermöge solche nicht im Ministerium Manteuffel zu erkennen, nicht in der zweiten Kammer, welche noch weniger deutsch sei, als die erste, da in ihr, wie die Nachricht eingelangt sei, der Antrag auf Einführung der deutschen Grundrechte und zwar durch die Linke verworfen worden. Was man dann erst von der Rechten dieser Kammer zu erwarten habe? Was von der Preußischen Ansicht, daß die deutsche Frage nur dazu diene, den hohen Werth Preußens kennen zu lernen? — Man spreche so viel von den Gefahren, welche Deutschland bedroht, welche einen so großen Umschwung in den Partei-Anschlüssen dieser Versammlung hervorgerufen. Er frage, wo die Gefahren seien, von welchen von Radowitz und andere gesprochen? Er seinesheits finde die größte Gefahr in der Wahl eines Erbkaisers, welchen Österreich, der religiöse Hab, der Partikularismus bekämpfen würden. Eine Gährung im Innern werde bleiben, ob man den Erb-Kaiser mache oder nicht. Es sei die Gährung des jungen Weins. Ob man glaube, das Spundloch stopfen zu können? Und wenn eine Erb-Kaiser-Krone der Spund wäre, die Gährung würde ihn herausprengen und fassammt Reis zertrümmern. (Bravo links.) Der Redner kommt auf den König von Preußen zu sprechen. Er meint, derselbe könne von einer bloßen Majorität die angetragene Kaiserkrone nicht übernehmen, das ganze Haus müsse sie bieten. Und wenn es der König mit Deutschland ehrlich meine, so müsse er es für seine Pflicht halten, nur die sechsjährige Wahl anzunehmen, und dann mit allen seinen Bajonetten, seinen Bürokraten oder Unterthanen, wie man es auch nennen möge, für Deutschlands Größe einstehen. (Beschluß links.)

Nachdem Raveau gesprochen, werden mehrere Verbesserungs-Anträge verlesen, darunter zwei von Schulz von Darmstadt, von

denen der eine das Erbkaiserthum nur unter der Bedingung dem König von Preußen übertragen wissen will, wenn derselbe an Russland den Krieg erklärt, ein Antrag, der von der Versammlung mit großer Heiterkeit aufgenommen wird. Ein anderer Antrag von Werner aus St. Pölten will, daß, wenn der König von Preußen Kaiser werden sollte, Preußen ein selbstständiger Staat zu sein aufhören und in vier einzelne Staaten zerfallen müsse.

Watz aus Göttingen verbreitet sich in seiner Rede über die alte Politik Österreichs, an welche österreichische Hauspolitik sich dann auch die Mehrzahl der Deutschen in Österreich angeschlossen habe. Dies habe sich bei Gelegenheit der Beratung über §§. 2. und 3 gezeigt. Der Redner berührt alsdann den von mehr als 50 Abgeordneten, darunter Hecksher, von Herrmann etc., unterzeichneten Antrag, der einen abermaligen Aufschub und eine abermalige Unterhandlung mit Österreich verlangt, und äußert sein Verständen darüber, daß Männer, die sonst nichts von einer Verständigung wissen wollten, die vor einigen Wochen höchstens nur acht Tage Aufschub verlangten, daß dieselben Männer jetzt noch immer von Abwarten sprechen. Darunter Einer, der vor acht Monaten, als es sich um das Lepelsche Promemoria handelte, aus der Haft fahren wollte und jetzt wahrscheinlich seine dritte Deputations-Reise nach Wien machen will. (Große Heiterkeit.) Das verflossene Jahr hat Deutschland nicht einiger, nicht stärker gemacht; ringsumher droht dem Vaterland Gefahr. Es lehnen die Jahrestage der alten Erhebung wieder; Herr Raveau hat sie an diese Tage gemahnt. Was hat sie damals blutig gesärbt? Daß die Fürsten sich nicht entschließen konnten, rasch, schnell, freudig zu geben, was sie doch geben müssten. Das Blatt hat sich gewendet. Die Fürsten können Deutschland jetzt nicht mehr retten, wir können es, vielleicht können wir es: Wollen Sie sich jetzt an Prinzipien klammern? Noch haben Sie Zeit; aber bald er tönt auch vielleicht für Sie das verhängnisvolle zu spät! (Stürmisches Beifall auf der Rechten und den Centren. Bischof links.)

Watz Wohl findet in der Annahme des Welcker'schen Antrages die Brandfackel des Bürgerkrieges für Deutschland, nennt den Erbkaiser, unter Hinweisung auf die preußische Note vom 10. März, ein todgeborenes Kind. Er möchte dem Hause die Ehre dieses Wohnenbettes gern ersparen, erklärt sich ebenso entschieden gegen die Vorschläge der österreichischen Regierung, will aber einzelne Bestimmungen der Verfassung geändert wissen, um für Österreich — durch das Direktorium — den Eintritt möglich zu machen.

Red für den Welcker'schen Antrag, schildert die Gefahren im Innern und nach außen, redet die Österreicher an, bittet sie, im allgemeinen Interesse wenigstens nicht gegen den Antrag zu stimmen, fordert endlich das ganze Haus auf, zu erwägen, ob bei solchem Beschuß einfach Stimmenmehrheit genügen könne. „Ein Beschuß mit Stimmenmehrheit würde die Bekündigung einer starken und freien Zukunft sein.“

Eisenmann fragt, ob man Deutschland zum Theil-Kommis des Hauses Hohenzollern machen wolle. Der Antrag Welcker's mutet dem Preußischen Könige zu, durch einen Wortbruch Kaiser zu werden. Würde der Erbkaiser, so schließt der Redner, uns das bieten, was wir brauchen, so würde ich für ihn stimmen. Allein er bietet es uns nicht. Er bietet weder die Freiheit, noch die Einheit, sondern er bringt uns Zerrissenheit und Absolutismus. (Großer Beifall links.)

Beseler von Schleswig erkennt die heiligste Aufgabe des Hauses darin, daß dem Zustande der Ungewißheit so schnell als möglich ein Ende gemacht werde, das Volk wolle ein Resultat sehen, dasselbe befindet sich nicht im Marasmus, wohl aber kommt in der Paulskirche zu Zeiten der Moder byzantinischer Verwesung zum Vortheile. Er, ein Frei, fürchte nicht, daß Deutschland preußisch werden möchte. Viel wesentlicher als der Beschuß der Nationalversammlung sei die Erklärung des Volkes, und dies werde sich für den Preußischen Kaiser entscheiden.

Ahrens aus Salzgitter sieht das einzige Heil Deutschlands in dem Anschluß an Österreich. Wien müsse einst Deutschlands Hauptstadt, der Sitz des Parlamentes werden.

Bauer aus Bamberg spricht für die Ausschuss-Anträge, die die Neuerungen und Ansichten Eisenmanns widerlegen. Von dem künstlichen Bau der österreichischen Gesamtmonarchie ist der Redner überzeugt, daß er nicht lange halten werde; dies könnte nur dem Absolutismus gelingen; in unseren Tagen ist es nicht möglich. Fällt dann der Bau, wer hindert die Österreicher, einzutreten? Die Erbmonarchie gewiß nicht, wie Herr Bauer theologisch-wissenschaftlich auseinandersegt. Auch thut der Redner dar, daß es nur Phrasie sei, wenn man immer davon spreche, es würde Alles — bis auf den Boten, der das Paket zur Post trägt — preußisch werden. Er schließt alsdann: Nicht nur aus Rücksicht für Deutschland, sondern wegen meines Vaterlandes, wegen meines Fürsten, dem ich Treue gelebt und dem ich Treue bewahren will, erkläre ich mich für die Vorschläge des Verfassungsausschusses und rufe aus mit dem Dichter: „Aus Vaterland, aus Theure, schließ dich an, das halte fest mit deinem ganzen Herzen.“ Der Beschuß, der diesen Worten folgt, ist ein stürmisches und vielseitiger, in demselben Grade eindrucksvoll, wie es seine Rede war. Die Versammlung nimmt auch jetzt die vorher ausgeschlagene Vertagung mit großer Stimmenmehrheit an. Der Präsident verkündet hierauf noch den Austritt der beiden österreichischen Abgeordneten von Würth und Arneith. (Große Sensation.) Würth begleitet seine Austrittsansage mit ungefähr folgenden Worten: Da ich an der Annahme der österreichischen Reichsverfassung von Seiten des österreichischen Volks nicht zweifeln kann, so halte ich es mit meiner moralischen und politischen Überzeugung nicht vor einbar, an dem Bau der deutschen Verfassung noch fernab Theil zu nehmen. Mögen die künftigen Beziehungen Deutschlands zu Österreich so gut wie möglich geordnet werden. Dafür zu wirken, soll mir stets eine heilige Pflicht sein. (Stürmisches Bravo) Die heutige Sitzung wird also dann geschlossen und die nächste auf morgen anberaumt.

Wien, den 20. März. Verschlossene Nacht wurden abermals die Posten beim Pulverturm auf der Türkenschanze von vier Bewaffneten aufgefallen, was den Gouverneur zu den strengsten Androhung veranlaßt hat. Beim Renngebäude wurde sogar ein Posten entwaffnet. — Die „allgemeine Österreich. Zeitung“ von dem Minister Schwarzer redigt, ist seit gestern unterdrückt. Die Hauptursache ist ein Artikel mit der Aufschrift „der Wahrheit eine Gasse“, worin das Ministerium einer scharfen Kritik unterzogen wird. Doch man hat große Hoffnung, daß dieses Blatt binnen 14 Tagen wieder

erscheinen dürfte. — Die zum Strange verurteilten Morde Latours sind heute nicht auf der gewöhnlichen Richtstätte am Wienerberge, sondern am Glacis nächst dem Neuhofe, gerichtet worden. In der Mitte befand sich Wangler, der Hauptmörder, rechts Brambosch und links Jurkovich. Groß war der Andrang des Volkes, doch die Stimmung düster, und so mancher durfte sich ein warnendes Spiel nehmen. Auch die zwei andern Inquisiten, Kohl und Zohl, waren bei der Hinrichtung zugegen und wurden erst nach beendigter Exekution wieder abgeführt. Alle Basteien sind heute stark mit Militär besetzt und starke Truppenabtheilungen befinden sich consigniert am Glacis. — Die Übergabe der Festung Peterwardein ist so viel als entschieden, und es handelt sich nur noch um die Bedingungen, in Bereit deren parlamentirt wird. Der gegenwärtige Festungsmandant Guha sucht sich dadurch zu salvieren, daß er die Festung ohne Blut in die Hände des Kaisers zurückgeben will. Der Gewinn, der dadurch für unsere Truppen erwächst, ist sehr groß; denn die Festung würde für alle Eventualitäten einen sehr wichtigen Stützpunkt bilden. — Auch das im Nationaltheater auf der Wieden schon einmal aufgeführte Stück: „Ein Fürst“ von dem beliebten Volksdichter Kaiser ist verboten worden. Als Veranlassung dieses Verbots werden die Stellen bezeichnet, in welchen der Anschluß an Deutschland als lächerlich und die Übergänge der Russen als bedrohlich dargestellt werden.

An den siebenbürgisch-galizischen Grenzen haben sich an 20,000 Bauern freiwillig versammelt und sind bereit, den k. k. Truppen, wenn es nothwendig werden sollte, gegen die Rebellen zu Hilfe zu eilen. — Aus Ungarn hört man heute wenig Neues. Die verbreitet gewesenen Gerüchte von Besiegung Debreczins haben sich bis jetzt nicht bestätigt. Soviel ist indeß gewiß, daß sich die Armee des Theis-Ueberganges bemüht hat und mit den ersten Colonnen gegen Debreczin vorrückt. Die Entmuthigung der Ungarischen Armee ist in Folge der Schlacht bei Kopolna fast allgemein. Die k. k. Truppen, welche die Gegend erkognosieren, bringen noch von den zersprengten Insurgenten zurückgelassen wurden.

Von der Österreichischen Grenze, den 17. März. Auf die Kunde von der Octroyirung einer Verfassung beschloß der Landesausschuss von Croatiens sich nicht aufzulösen, sondern seine Arbeiten fortzuführen, auf das Zusammentreten des croatisch-slavischen Landtags zu dringen, die Einverleibung der Militärgrenze zu urgiren und gegen die die Autonomie des Landes gefährdenden Bestimmungen der octroyirten Verfassung zu remonstriren.

Innsbruck, den 16. März. Eben vernehmen wir, daß in Folge des Wiederbeginns der Feindseligkeiten in der Lombardie demnächst 7000 Tyroler Schützen zur Landesverteidigung aufgestellt werden sollen.

Von der Drave, den 12. März. Die Aussichten auf die nahe Übergabe von Peterwardein bestätigen sich, da ununterbrochen parlamentirt wird. Nugent's Hauptquartier befindet sich dem Namen nach in Cerevie; eigentlich aber auf einem Dampfschiffe, welches in der Nähe von Cerevie meistens vor Anker liegt, aber häufig die Donau auf- und abwärts fährt, da er nicht allein die Garnitur von Peterwardein, sondern die ganzen Operationen, die den rechten Flügel der Hauptarmee decken, zu leiten hat und zugleich die Ruhe im Banianer Comitat überwacht. Auch sein Generalstab residirt an der Donau.

Merkwürdig ist die Formulirung der über die Theilnehmer am Morde Latour's erlassenen Urtheile. So heißt es bei jenem über den Schneidebäcker Jurkovich, daß er einen Bajonettschlag gegen den Kriegsminister geführt und gleich nach der That im Jubel zur Aula, durch welche die Morde bestellung in das Werk gesetzt worden war, (?) gelaufen sei, um dort den Blutslohn von 30 fl. zu empfangen. — Von dem Schmiedegesellen Wangler wird erzählt, daß er das Volk nach der That in haarschäbender Weise angeredet und unter Hinweisung auf die zwei leeren Arme des Gaubelabers beschworen habe, ihm die Wohnung von zwei Personen zu bezeichnen, deren Namen Achtung und Erfurcht hier zu nennen verbieten.

Olmütz, 19. März. Laut einer telegraphischen Depesche soll Karl Albert mit einem Theile seiner Truppen in das Lager des Marschalls Radetzky als Schutzsuchender übergegangen sein. (?)

Prag, den 19. März. Die F. M. - L. Graf Wrbna und Deym werden vor ein Kriegsgericht gestellt, indem sie eines Einverständnisses mit den Magyaren beschuldigt werden. — Das neue Preßgesetz soll in der nächsten Woche in Wirklichkeit treten. Alle Zeitungen werden gestempelt. Die Czechische Presse greift das Ministerium noch immer aufs heftigste an.

M u s i a n d.

Frankreich.

Paris, den 17. März. Herr v. Laroche-Jacquelin, der aus dem Wahl-Comité der Rue de Poitiers ausgetreten ist, wird nächstens ein Blatt erscheinen lassen, das hauptsächlich dazu bestimmt ist, auf die Bildung einer großen Association des Schützen und der Gegenseitigkeit zum Nutzen der arbeitenden Klassen besserlei Geschlechts hinzuwirken. Diese Gesellschaft besteht aus zweierlei Mitgliedern: Stiftern, welche 4 Fr. monatlich beisteuern, und Genossen, die 1 Fr. zahlen. Letztere sollen aber die Zahl der Stifter um das Vierfache übersteigen. Die Gesellschaft tritt erst ins Leben, wenn sie 10,000 Mitglieder der ersten und 40,000 der zweiten Classe hat. Ihr Zweck ist, ihren Mitgliedern im Fall der Not Arbeit oder in der Ermangelung Unterstützung zu verschaffen und nach zehnjähriger Theilnahme den Arbeitsunfähigenwordenden eine Pension zu verschaffen. Au der Spize der Gesellschaft soll ein General-Direktor und ein oberster Rath von 18 Mitgliedern stehen. In den Provinzen werden Zweiggesellschaften errichtet.

Dänemark.

Kopenhagen, den 18. März. Es ist im Ministertheate beschlossen worden, wegen des Postenlaufs nur einen Deutschen Ost-General-Postmeister diesen Vorzug denjenigen nicht, für den der es scheint, Lübeck diese Gunst beantragen werde. Da, wie schienlichkeit für Wismar, zumal das Ministerium nicht mehr dasselbe ist, wie im vorigen Jahre.

Schweiz.

Freiburg, den 17. März. Seit einigen Tagen befindet sich den Procedur übernommen hat, hier, um die hiezu nötigen Vorbereitungen zu treffen. Ein anderer Vertheidiger ist der Obergesetzadvokat Feder von Bruchsall. Struve selbst und Blind sitzen angemessener Rücksicht behandelt werden. Ersterem war es gestern gefallen worden, den Nachmittag mit seiner ebenfalls hier inhaftierten Gemahlin, die er seit seiner Verbringung nach Rastatt nicht mehr gesehen hatte, zuzubringen. Er soll möglichst gefasst sein da ihm nunmehr seit Kurzem die Anklageschrift beschäftigen, walt's, sowie die ihn betreffenden Akten vorliegen. Der Prozess wird Dienstag Morgen um 9 Uhr beginnen.

Russland und Polen.

Petersburg. Der „Pesther Courier“ sagt: Einer durch außerordentliche Gelegenheit aus Petersburg gebrachten Nachricht zu folge hat der russische Kaiser bei einer über 40,000 Mann Garden abgehaltenen Revue seinen Truppen öffentlich verkündet: daß die Umstände des österreichischen Kaiserthums erfordern, seinem Freunde, dem Kaiser von Österreich, einen Theil seiner militärischen Macht zur Disposition zu stellen, welche Benachrichtigung die 40,000 Mann Garden mit einem donnernden: „Es lebe der Kaiser von Österreich!“ begrüßt haben.

Amerika.

Die Auswanderung nach dem westlichen El Dorado — dem goldenen Ophir — ist im höchsten Schwunge. Man berechnet, daß in mehr als 100 Schiffen bereits mehr als 6000 Personen dahin abgegangen sind, und daß wenigstens 150 Schiffe gegenwärtig noch dort in Ladung liegen. Oregon, Süd-Amerika, die Sandwich-Inseln und selbst China entwöltern sich. Was für ein Zugpflaster die Vorsehung in jene Himmelsgegend gelegt hat, um sie zu bevölkern! Auf welchen Rechtszustand man sich inzwischen in Kalifornien zu verlassen habe, besagt die Thatssache, daß in New-York die berüchtigten Coltschen sechsläufigen Revolvers vor Kurzem ganz verschwunden waren. Ganze Ladungen Pistolen, Stich- und Feuerwaffen bilden einen Haupspekulations-Artikel.

Es werden augenblicklich auf den Schiffswerften zu Philadelphia schon drei Dampfschiffe gebaut, die bestimmt sind, auf dem Sacramento und anderen Flüssen des El Dorado zu laufen. Das Eine wird Capitain Sutter, das Andere Sacramento und das Dritte El Dorado heißen; das Letzte ist das größte, 180 Fuß lang und mit einer Maschine von 200 Pferdestark versehen.

Kammer-Verhandlungen.

Zwölftes Sitzung der Ersten Kammer vom 21. März.
Anfang 10½ Uhr. Präsident v. Auerswald.
(Schluß.)

Stahl: Über den Inhalt jener Gesetze spreche ich nicht, ich spreche nur von dem staatsrechtlichen Punkte. Ich kann den §. 105. nur in jenem sehr beschränkten Sinn verstehen, in welchem er bereits in andern deutschen Verfassungen enthalten ist. Dort bezieht er sich nur auf Verwaltungsmitsregeln, nie auf Gesetze, die den Rechtszustand dauernd regeln. Das ist auch Rechts in England, nach dessen Beispiel jene deutschen Verfassungen gebildet sind.

Unter Dringlichkeit kann nur verstanden werden, daß ein sonst wesentlicher Schade vermieden werden müßt; nicht, daß eine gewisse Unbereuenlichkeit sich an alte Zustände knüpft. Der §. 105. beweist also gegen das Ministerium, das Patent aber für dasselbe. Häufig waren solistige Verfassungen mit Beilagen begleitet, die ihnen gleich geachtet wurden. So sind die Verordnungen des Ministeriums auch zu verstehen. Erkennen Sie das Patent nicht an, so haben Sie auch kein Recht auf Ihren Platz hier, denn dies Patent nur gibt Ihnen denselben.

Ein wichtiger Punkt ist noch, daß die Verfassung in Folge rechtlicher Verbindlichkeiten von der Krone erlassen werden müßt. Jener prinzipsale Verpflichtung zu Liebe hat diese die accessorische Verbindlichkeit der Vereinbarung aufzopfern müssen. Ein Staatsrecht war das nicht; die Verfassung selbst ist ein Rechtsakt, somit alle daraus folgenden Gesetze. Ich kenne also für die Kommission. (Bravo rechts.)

v. Olfers spricht für seinen im Interesse eines Theiles der Rheinprovinz (Ehrenbreitstein) eingebrachten Antrag.

Ich schließe mich dem Ausschussbericht, welcher schon diesen Landes-Teil berücksichtigt hat, an und beantrage:

an Se. Majestät die Bitte zu richten, daß der Justiz-Minister zur Siftrung dieser Gesetze in dem ostpreußischen Theil des Regierungsbezirks Koblenz angewiesen, oder doch bei einer Umrührung des dort bestehenden Gerichtswetts — es gilt hier noch der gemeinsame deutsche Prozeß und das gemeinsame deutsche Recht — darauf Rücksicht genommen werde, diese Änderung möglichst im Sinne des rheinischen Rechts zu bewirken.

Kisker: Meine persönliche Stellung zu den provisorischen Gesetzen macht es mir zur Pflicht, einige Worte zu sagen.

Diese Verordnungen waren bestimmt, der National-Verfassung die Auflösung der National-Verfassung, deren Majorität zu erwerben. Die schien unbedenklich, daß die nummeririge Erlässung der Gesetze keinen Widerspruch finden werde. Die Nothwendigkeit ist ihre beste Entschuldigung. Der Art. 105. ist schon beleuchtet worden, und ich glaube, daß die Verordnungen auch ohne ihn, auch ohne das Patent hätten erlassen werden müssen (oh). Die Ausführung war nicht für spätere Zeiten vorzubehalten aus Gründen der Zweckmäßigkeit. Man ruft öfters laut! Wir verstehen nicht.) Die materiellen Mängel sind auch nicht so groß, daß Sie dadurch könnten zur Siftrung bewogen werden. Erst später würde über den Inhalt der definitiven Gesetze eine genauere Debatte entstehen dürfen. Allgemein müssen diese Gesetze eingeführt werden, auch im ostpreußischen Kreise.

Präsident: Es ist von mehreren Abgeordneten auf Vertragung der Debatte bis morgen angetreten.

So eben kommt mir ein Antrag auf Schluss zu

Der Antrag auf Vertragung kommt zuerst zur Abstimmung und wird angenommen.

13te Sitzung der Zweiten Kammer vom 21. März.

Präsident: Graf Brandenburg.

Auf der Ministerbank: Graf Brandenburg, von Manteuffel und v. d. Heydt.

Das Protokoll der gestrigen Sitzung wird verlesen und genehmigt.

In die Kommission zur Prüfung des Staatshaushalt-Estat sind unter Anderen gewählt: v. Salzwedel, v. Pfeifer, Hermann, Jakob, Schöppenberg, Urban, Bliesener, Grün, Körner, Moritz, Möcke, Lenning, Schneider (Schönebeck), Schellenberg, Neuter (Berlin), Neumann, Groddeck, v. Kirchmann und v. Verdet.

Der Abgeordnete Cielieki hat sein Mandat niedergelegt.

v. Windt: In meiner Abteilung ist ein Protest des Komitees für volkstümliche Wahlen in Bromberg gegen die Kupfersche Wahl eingegangen; die Abteilung hat jedoch den Protest gar keiner Beachtung wert, da er durchaus nichts Thatfächliches enthält.

Die Kammer geht hierauf zur Berathung des 3ten Passus des Kommissions-Adress-Entwurfs über. Derselbe lautet:

„Die in Beziehung auf den über die Hauptstadt verhängten Belagerungszustand uns gemachten Vorlagen werden wir mit gewissenhafter Ernst prüfen und uns dabei von der Überzeugung leiten lassen, daß wahre Freiheit ohne gesetzliche Ordnung nicht bestehen kann. In Betreff des außerhalb der Stadt Berlin über einzelne Orte und Kreise verhängten Belagerungszustandes seien wir einer weiteren Mittheilung Eurer Königlichen Majestät Rechnung entgegen.“

(General v. Wrangel befindet sich auf der Tribüne.)

Grebel: Der §. 3 des Entwurfs ist noch nicht einmal ein Echo der Thronrede, in welcher doch wenigstens ein Bedauern über die Verhängung des Belagerungszustandes ausgedrückt ist. Im Mittelalter herrschte das Haufrecht, aber auch dies hatte seine Normen und Gebraüche, und darin unterschied sich das Haufrecht unserer Tage: der Belagerungszustand. Man hat es aber nicht einmal für nötig gefunden, Gründe anzugeben, vielleicht weil wir uns angeblich in einem konstitutionellen und Rechtszustande befinden, obwohl Herr Wrangel wie einst Brennus in Rom mit dem Schwert entscheidet. Ich hoffe aber, daß Sie das noch gewichtigste Schwert der Gerechtigkeit mehr tragen werden. Ich verlange daher eine dringendere Sprache der Adresse gegen den Belagerungszustand aus drei Gründen, nämlich weil er erstens ohne Veranlassung; zweitens ohne Gesetz erlassen, drittens die Würde der beathenden Versammlungen beeinträchtigt.

Urlich (gegen den Antrag): Es gab einen Belagerungszustand, durch welchen das Recht des Volks weit mehr gekränkt wurde, der Zustand der Anarchie, welche die Nationalversammlung, die Regierung und dadurch die ganze Nation beschränkte. Hat dagegen durch den Belagerungszustand irgend eine politische Meinung eine Beschränkung erlitten? Hat irgend ein Soldat einen Abgeordneten der ersten oder zweiten Kammer wegen ihrer Abstimmungen beleidigt oder verletzt? (Oh! oh! auf der Linken.) Deshalb ist mein Grund vorhanden, den Belagerungszustand aufzuheben und ich empfehle Ihnen den Satz der Adress-Kommission.

d'Estier (zu einer faktischen Berichtigung): Wenn behauptet wird, daß die Volks-Vertreter ohne alle Anfechtung während des Belagerungszustandes blieben, so muß ich doch eines Vorfalls gedenken, der mir erst vor zehn Tagen passirte. Während meiner Abwesenheit hat die Polizei heimlich meine Wohnung durchsucht und nachher meinen Wirthshausleuten das strenge Stillschweigen hierüber auferlegt. (Vui, vui, auf der Linken.) Aber die Wände haben Ohren, und wie die Kaniche des Ibis eins des Mord verrückten, so haben mir es die Wände wiederzählt.

Minister des Innern: Ich kann in Bezug auf diesen Vorfall nur erklären, daß mir nichts davon bekannt geworden ist.

Moritz (zu einer faktischen Bemerkung): Wenn gesagt worden ist, daß der Belagerungszustand verhängt worden ist, um die Nationalversammlung vor Unbill zu schützen, so muß ich bemerken, daß die Verlegung der Nationalversammlung nach Brandenburg am 9. November beschlossen, der Belagerungszustand aber am 12ten ausgesprochen wurde. Man kann doch also nicht eine Versammlung in Berlin schützen, die in Brandenburg ist!

Jung (gegen den Antrag): Wenn Sie dem Ministerium das exorbitante Zugeändert machen, daß der Belagerungszustand fortduern darf, so geben Sie ihm damit die Macht, die Grundrechte ganz nach seiner Willkür aufzuhaben und das Land in permanenten Belagerungszustand zu versetzen. Der Minister des Innern äußerte zwar so eben, es sei nicht thunlich, den Belagerungszustand sofort aufzuheben, weil die Dringlichkeit erst geprüft werden müsse, aber darf eine Sache, die so klar ist und wo die Nothwendigkeit der Entscheidung so auf der Hand liegt, hieron abhängig gemacht werden? Es handelt sich offenbar darum, liegen abhängig Thatsachen vor, daß der Belagerungszustand fortduern muss? — Nur der Aufruhr konnte ihn rechtfertigen, ein solcher war aber nicht vorhanden. Schon das Einrichten des Militaires war gegen die Versprechungen der Regierung. Nur auf Verlangen der Bürgerwehr und der Gemeinde sollte Militair requirirt werden dürfen. Wo aber

Aber selbst wenn ein Aufruhr stattgefunden hätte, so ist die Art, wie der Belagerungszustand ausgeübt wurde, ungünstig. Nach der Hobes-Corpus-Akte durften nur §. 1. und 6. suspendirt werden. Das Ministerium hat dies nun freilich nicht gethan, aber es hat sie tagtäglich verletzt. Da selbst die Militairstrafgesetzung, die man herbeigezogen hat, ist verletzt worden. Denn diese stellt nur die Militairpersonen und deren Anhang, nicht aber Civilpersonen unter die Herrschaft der Militairgerichte. Man hat über diese ganz nach Willkür verfügt. Deshalb fühle ich mich veranlaßt, auch auf den §. 181 dieses Strafgesetzbuches hinzuweisen, der für die Militairbeamte, welche ihre Besitzungen überschreiten, mit Arrest oder Festungsstrafe bis zu 3 Jahren und nach Umständen mit Dienstentlassung bestraft. Ein gewissenhafter Richter würde sicherlich viel Gelegenheit finden, diesen Paragraph anzuwenden. Niemand hat ein Volk mit solcher Ruhe der anerkannten Gewalt sich gefügt, wie in Berlin, aber man ging auch um so rücksichtsloser zu Werke. Das Volk hat die gefährliche Lehre erhalten, daß man ihm die Freiheit nur nach dem Maß der Furcht zunimmt, die man vor ihm hat“ (Bravo auf der Linken) Unbegreiflich ist es mir, wie man so wenig staatsmännisch hat verfahren können, wie es in dieser Denkschrift geschehen ist. Wenn man alle Ereignisse des vorigen Jahres mit so großen Harren hätte schildern wollen, so könnte ich Sie mit gleichem Recht auf die reaktionären Bestrebungen verweisen, auf den Spandauer Zug, auf den Schneiditzer Mord, das Wüthen in Charlottenburg und Soldaten-Ereignisse aller Art.

Der Kampf, der im vorigen Jahre geführt wurde, war ein großer, gewaltiger, es war der Kampf zwischen Volksthum und dem Schein-Konstitutionalismus und der die Privilegien der Bureaucratie und des Feudalismus bestreichen ließ. Glauben Sie nicht, daß die Bewegung schon vorüber ist. Sie wird sich fortpflanzen und ihr Recht fordern, was Sie auch thun und beschließen mögen. Die Geschichte wird ihr Ziel verfolgen, trotz des Belagerungszustandes, wenn Sie ihn bestehen lassen.

Schreiten Sie daher, so lange es noch Zeit ist, zur Verhöhnung der Parteien, und wenn es dem Berichterstatter wirklich darum zu thun ist, muß er mit uns übereinstimmen. Nehmen Sie die Schmach von dem Volke, die ihm angethan ist, thun Sie es im Interesse der Humanität, so wie im Interesse der Gewalt, denn vergessen Sie nicht, daß der Bogen, wenn man ihn zu stark spannt, bricht. (Beifallsbezeugung. Bravo von der Linken.)

d'Estier (zu einer thatsächlichen Bemerkung): Der Minister des Innern hat gesagt: er wisse nichts von der bei mir vorgefallenen Haussuchung. Dies kann den Verdacht auf mich werfen, als sei das von mir mitgeheilte Faktum unwahr. Herr v. Manteuffel hat jedoch bereits Kenntniß davon erhalten und daß er vorher um die Haussuchung nicht gewußt, gibt das beste Zeugnis über die unter der Gewalt der Waffen

wesungen. Dagegen sind über eine Verlelung jener §§. 1. und 6. keine Beschwerden angebracht worden.

Graf Zieten: Der Abgeordnete Jung hat behauptet, daß das Volk von Berlin die Aufhebung des Belagerungszustandes wünsche. Ich muß dem widersprechen. Ich habe eine mit 1755 Unterschriften versehene Petition von hiesigen Bürgern erhalten, welche die Fortdauer des Belagerungszustandes wünschen. (Man hört zur Linken den Ruf: „Ja! aus dem Geheimrats-Büro!“) Die Stimmen, welche sich zu Gunsten des Belagerungszustandes aussprechen, sind keineswegs Geheimrats-Stimmen; sie kommen im Gegenteil aus denjenigen Schichten her, denen man so gern die Souveränität beilegen möchte. Auch ein Mann ist unterzeichnet, dessen Name mit der allgemeinsten Achtung hier genannt wird. (Die Linke verlangt den Namen zu wissen.) Es ist der Justizrat Geppert. (Heiterkeit.)

Jung: Sämtliche Berliner Abgeordnete haben von ihren Wahlmännern den Auftrag erhalten, auf die Aufhebung des Belagerungszustandes anzuzeigen. Ich glaube wohl, daß der Berliner Wahlmänner die hiesige Bevölkerung besser repräsentieren, als die Unterzeichneten der Adresse, deren Graf Zieten erwähnt hat.

Was die Widerlegung des Ministers des Innern betrifft, daß keine Beschwerden über eine Verlelung der §. 1. und 6. der Hobes-Corpus-Akte erhoben worden, so habe ich hier einen Ministerial-Reskript in Händen, wonach allerdings solche Beschwerden vorgekommen sein müssen. (Der Abgeordnete Jung liest das Reskript vor.) Überdies frage ich, ob darin keine Verlelung der Hobes-Corpus-Akte zu finden ist, ob darüber nach Waffen gesucht und Thüren und Schränke dabei erbrochen worden sind?

Moritz (bei seinem Erscheinen auf der Tribüne wird die Rechte unruhig und verlangt den Schluss der Debatte): Ich weiß schon, ich werde gleich fertig sein. Ich habe nur anzuführen, daß man bei unserem Kollegen Hildenbach eingedrungen ist und ihm seine Privatcorrespondenz, selbst sein Geld weggenommen hat. Er hat diese Dinge bis heute noch nicht wieder erhalten. Wenn das keine Verlelung der Hobes-Corpus-Akte ist! Das ist Tyrannie! (Auf der Linken wird wiederholt „Psui“ gerufen)

v. Kleist Rekow (für den Kommissions-Entwurf): Das ganze vorige Jahr mit seinen großen Erfahrungen ist an den Amendementstellern spurlos vorübergegangen. Jedermann weiß, daß hier die Anarchie den Wohlstand an den Rand des Abgrundes gebracht hatte, und daß Handel und Gewerbe erst im November und Dezember vorigen Jahres wieder aufzublühen angefangen; jedermann weiß, daß die Vertreter des Volks verlebt wurden, daß die Bürgerwehr und selbst die Gerichte ihren Dienst versagten. Der Belagerungszustand hat bloss dazu gedient. Wenn man angeführt, daß der passive Widerstand gegen etwaige Exesse gebürgt habe, so muß ich darauf aufmerksam machen, daß der passive Widerstand erst nach dem Einzug der 25,000 Mann Truppen und der Kanonen erstanden worden. Es handelte sich vielmehr darum, ob die gesetzliche Gewalt die zugesessenen Waffen, oder ob die zugesessenen Waffen die gesetzliche Gewalt belagerten sollten. — Man hat gesagt: die Nationalversammlung gehörte der Geschichte an. Wohl! Eben weil sie der Geschichte angehört, vindizire ich mit ein freies Urtheil über dieselbe, und ich begreife nicht, wie man von einer gewissen Seite dergleichen Urtheile zurückweisen kann. Überdies ist es nothwendig, die Nationalversammlung zu kritisiren, wenn man die nachfolgenden Ereignisse und Ministeriellen Maßregeln richtig verstehen will. Wenn die Nationalversammlung längst vergessen sein, oder wenn ihrer nur noch mit Trauer gedacht werden wird, weil sie den Staat eher zu schwächen als zu stärken bereit war, werden die Namen der Männer noch bei der Nachwelt in dankbarer Erinnerung sein, welche das Vaterland gerettet haben. Diesen Männern müssen wir in der Adresse unsern Dank aussprechen.

Man hat von Mängeln in der Verfassung gesprochen; auch ich habe Mängel entdeckt, aber auf einer andern Seite; denn ich hätte gewünscht, daß überall das Prinzip des Schutzes der obrigkeitlichen Autorität gewahrt worden wäre. Wollte man endlich in der Adresse auf sofortige Aufhebung des Belagerungszustandes antragen, so würde die Kammer dadurch mit ihrem früheren Beschluss in Widerspruch treten, wonach der Belagerungszustand erst gegenstand einer besondern Prüfung werden soll.

v. Bismarck (für den Entwurf): Man hat lokale Bedürfnisse Verfügt, welche doch gerade jetzt gegen das allgemeine Interesse der Versammlung zu rücktreten müssen. (Der Redner wendet sich zur Linken.) Wenn sich Konstabler gegen Sie vergessen, oder die Truppen Andersdenkende verleben sollten, so richten Sie nicht darnach ihre Abstimmungen ein, sondern wir werden für Ihre Freiheit sorgen. (Bravo!) Das unabdingte Presz- und Versammlungsrecht ist ein Bruchstück der früheren Gesetzgebung, welches jetzt ergänzt werden muss, wenn eine Regierung bestehen soll. Wie wissen es ja, wie der Wind die Plakate in den Flammen des Aufzugs geblasen. Ich glaube, die Anwälte Kirchmann und Temme haben selbst im vorioen Jahre die Unzulänglichkeit der bestehenden Gesetze anerkannt. Ich erinnere an die Vorgänge am Abend des 18. d. M., es sind da u. A. Gelage gehalten worden, in welchen Bieder gesungen wurden, wie z. B. (lesend): „Wir färben echt, wir färben gut, wir färben mit Tyrannenblut.“ Vielleicht waren einige der Herren bei einem solchen Gasimahl anwesend und können mit Auskunft geben, welche Tyrannen gemeint sind. (Die Linke rastet lärmisch. Nach der Witte sprechen, nach der anderen Seite!) — Nach anhaltender Unruhe führt der Redner fort: Ich habe keine Antwort erhalten.

Das Resultat der Debatte ist:

das Amendement d'Estier wird verworfen mit 143 gegen 187. Das von Rodbertus des gleichen.

Der dritte Passus des Kommissions-Adress-Entwurfs wird mit 184 gegen 144 Stimmen angenommen.

Schlus: Nachmittags 3½ Uhr.

Nächste Sitzung: Morgen um 11 Uhr.

Locales sc.

Posen, den 23. März. So eben rückten die I. und 4. Compagnie unseres Landwehr-Bataillons von Schwerenz aus mit klingendem Spiele wieder hier ein. Der kommandirende General v. Brünneck und General-Lieutenant v. Steinäcker mit ihren Adjutanten hatten dieselben eingeholt und letzterer sie bei der ersten Begrüßung hinter der St. Johannis Kirche in seiner kurzen kräftigen Weise haranguirt. — Die 2. u. 3. Compagnie und der Bataillon-Commandeur sind im Schwerenz geblieben. Die Lage der Offiziere ist dort in den letzten Tagen vielfach eine sehr schwierige gewesen. Das Städtchen war überfüllt, die Leute hatten zum Theil sehr schlechte Quartiere; dieser Umsland, der Brautwein und der wie der einmal zu großer Höhe aufgestachelte Judenhof wurden die Veranlassung zu einzelnen Exzessen. Wie gewöhnlich hat jedoch auch

Haben die Grundsätze, die sie verbreitet, sich der Gesellschaft etwa als schädlich bewiesen? Hat sie Religionshas, Verkegerungs- und Verfolgungssucht mitschüren helfen, die gerade unserer Provinz tausend Wunden geschlagen haben? Hat sie im Namen der Religion die Fackel der Zweitacht in die Familien und in die bürgerliche Gesellschaft geschleudert und den tödlichen Stahl geweiht zum Brudermorde? Es möge jeder, der es besser weiß, austreten, und uns widerlegen, wenn wir behaupten: Die christkatholische Gemeinde hat hier von alle Dem gerade das Gegenteil gehabt! Die christkatholische Gemeinde hat im Namen Gottes allen Menschen stets Liebe, Milde und Frieden gepredigt, und sich so als ein wahrhaft verlöhnendes Element in unserer so sehr zerrissenen Gesellschaft bewährt, das um so mehr einen Anspruch auf unsere sorgsamste Pflege hat, als es unleugbar ist, dass die Wunden, die der bürgerlichen Gesellschaft in unserer Provinz im Namen der Religion geschlagen sind, auch nur durch die Religion wieder geheilt werden können. Die oben aufgeworfene Frage, ob die Gemeinde eine solche ausnahmsweise Zurücksetzung verdiente, dürfte also in dem Gesagten ihre Evidenz gefunden haben. — Aber vielleicht steht der Überweisung einer Kirche an dieselbe noch das Verbot der obersten Landesbehörde entgegen, wie vor der Märzrevolution? Auch dies Verbot ist bereits längst gefallen, und ein Ministerial-Erlas vom Mai v. J. hat sämtlichen christkatholischen Gemeinden des Vaterlandes die evangelischen Kirchen gastlich geöffnet. Und so sind wir bei der letzten Frage angelangt: Wer hält denn in unserer Stadt eine Gemeinde, die kein anderes Prinzip hat, als das der Reformation selbst, die Kirchen noch fort und fort lieblos verschlossen? Es schmerzt uns es öffentlich aussprechen zu müssen: Es sind Vorsteher evangelischer Gemeinden, namentlich die der Petri- und Garnisongemeinde!! Als vor vier Jahren bei jener Gelegenheit, wo Czerski zum ersten Male etwa hundert Katholiken das heil. Abendmahl ausheilte, der Religionsfanatismus plötzlich durch unsere Stadt toble, und nach Regenblut lebte, sahnen wir ein gerechtes Misstrauen gegen die Freiheitsverhütingen derselben, welche die heiligste und natürlichste Freiheit ihrer Mitbürger, die Gewissensfreiheit, noch nicht achten können! Und heute sind es Vorsteher evangelischer Gemeinden, die ihnen von der Hierarchie ausgestossenen christlichen Mitbrüder das Gotteshaus verschließen. Wir erinnern die evangelischen Bürger der Stadt Posen an das Beispiel ihrer Glaubensgenossen in allen übrigen Städten des Vaterlandes! Viele von ihnen haben noch vor der Märzrevolution trotz des damaligen Verbotes des Ministeriums den christkatholischen Mitbürgern gastfrei ihre Kirche grösstet, und wo eine engherige Geistlichkeit sich dem widersezen wollte, da haben sie offen und frei, wie es evangelischen Gemeinden geziemt, erklärt: „Die Kirchen gehören nicht Euch, sondern uns, der Gemeinde; und wir würden das Andenken unserer Väter entehren, wenn wir diesenjenigen, die mit demselben Rechte, und ebenso mutig, wie sie, gegen die Knechtung der Hierarchie und für die natürlichste Freiheit der Menschen,

für die Gewissensfreiheit, kämpfen, lieblos von uns stossen wollten; wir würden unserer Väter, wir würden der Freiheit, die sie uns mit ihrem Blute errungen, selber unverhrt sein!“ Unsere evangel. Mitbürger werden und können es nicht gleichgültig mit ansehen, dass Posen die einzige Stadt des Vaterlandes ist, in der den Christkatholiken die Kirchen noch länger verschlossen bleiben; sie werden und können nicht selbst die Lieblosigkeit üben, welche ihnen an Andern so verdammlich erscheint.

Berichtigung.

Der Referent in No. 69. dieser Zeitung hat in seinem Berichte über die Stadtvorordneten-Sitzung vom 21. d. M. die Debatte über die Einkommensteuer-Angelegenheit unrichtig aufgefasst.

Keineswegs werden aus dem Etat 8571 Rthlr. erübrig, sondern es sollen 7452 Rthlr. zur Kämmerei-Kasse entnommen werden, aus dem Fonds, welcher zur Unterstützung der arbeitenden Klassen bestimmt, von der Regierung als ein Drittel des Ertrags der Mählsteuer erstattet wird.

Hierdurch wird die Herabsetzung der Einkommensteuer möglich.

Endlich habe ich nicht die Einkommensteuer gerechtfertigt, sondern die Motive erläutert, welche bei Aufstellung des Etats im vergangenen Jahre leitend waren.

Moritz Mamroth.

Kirchen-Nachrichten für Posen.

Sonntag den 25. März c. werden predigen:
 Ev. Kreuzkirche. Vm.: Dr. Wil.-Ober-Pred. Niese. — Am. Herr Pastor Friedrich.
 Ev. Petrikirche. Vm.: Dr. Consi.-Rath Dr. Siedler.
 Garnisonkirche. Vm.: Dr. Div.-Pred. Wölk. (Einführung.)
 Christkathol. Gemeinde. Vor. und Am.: Herr Pred. Post. —
 In den Parochien der genannten Kirchen sind in der Woche vom 16ten bis 22. März 1849:
 Geboren: 4 männl., 3 weibl. Geschlech.
 Gestorben: 12 männl., 4 weibl. Geschl.
 Getraut: 1 Paar.

Markt-Bericht.

Berlin, den 22. März.

Am heutigen Markt waren die Preise wie folgt: Weizen nach Qualität 54—57 Rthlr. Roggen loco 24½—26 Rthlr., schwimmend 24—25 Rthlr., p. Frühjahr 8 Pfund. 22½ à 23 Rthlr. bez. Mai/Juni 24 Rthlr. Br., 23½ G. Juni/Juli 23 Rthlr. bez. und Br., Juli/Aug. 26 Rthlr. Br., 25½ G. Gerste, große loco 22—23 Rthlr., kleine 18—20 Rthlr. Hafer loco nach Qualität 14—15 Rthlr., p. Frühjahr 4 Pfund. 13 Rthlr. Br. Rüböl loco 14½ Rthlr. Br. und bez., p. März 14½ Rthlr. Br., 14 G. März/April 14 Rthlr. Br., 13½ G. April/Mai 13½ Rthlr. Br., 13½ G. Mai/Juni 13½ Rthlr. Br., 13½ G. Juni/Juli 13½ Rthlr. Br., 13½ G. Juli/August 13½ Rthlr. Br., 13½ G. August/Septbr. 13½ Rthlr. Br., 13½ G. Sept./Oktober 13½ à 1 Rthlr. verl., 1 G.

Okt./Novbr. 13½ Rthlr. Br., 13½ G. Leinöl loco 11 Rthlr. bez. Lief. pr. April/Mai 10½ Rthlr. Br., 10½ G. Spiritus loco ohne Fas 14½ Rthlr. verl., pr. März 15 Rthlr. Br., pr. Frühj. 15½ Rthlr. Br., 15½ G. Mai/Juni 15½ Rthlr. Br., 15½ G. Juni/Juli 16½ Rthlr. Br., 16½ G. Posen, den 23. März. Marktpreis für Spiritus pro Tonne von 120 Quart zu 80 G. Tralles 12½ Rthlr.

Berliner Börse.

Den 22. März 1849.

	Zinst.	Brief.	Geld.
Pruessische freiw. Anleihe.	5	101½	100½
Staats-Schuldscheine.	3½	80½	79½
Seehandlungs-Prämien-Scheine.		—	—
Kur- u. Neumärkische Schuldversch.	3½	—	—
Berliner Stadt-Obligationen.	5	98½	—
Westpreussische Pfandbriefe.	3½	85½	—
Grossh. Posener.	4	—	96
Ostpreussische	3½	—	80½
Pommersche	3½	91	91½
Kur- u. Neumärk.	3½	92½	92½
Schlesische	3½	—	—
v. Staat garant. L. B.	3½	—	86½
Preuss. Bank-Antheil-Scheine.	—	13½	13½
Friedrichsd'or.	—	12½	12½
Anderes Goldmünzen à 5 Rthlr.	—	—	—
Disconto.	—	—	—
Eisenbahn-Aetten (voll. eingez.)			
Berlin-Anhalter A. B.	4	—	74½
Prioritäts-	4	—	87
Berlin-Hamburger	4	—	51½
Prioritäts-	4	—	91
Berlin-Potsdam-Magdeburg.	4	—	84
Prior. A. B.	4	—	83
Berlin-Stettiner.	5	94½	—
Cöln-Mindener	4	85	84½
Prioritäts-	3½	—	75
Magdeburg-Halberstädter.	4	92½	—
Niederschles.-Märkische.	4	109	108½
Prioritäts-	3½	—	86
Ober-Schlesische Litt. A.	5	93½	—
B.	3½	91	—
Rheinische.	3½	—	—
Stamm-Prioritäts-	4	—	—
Prioritäts-	4	—	—
v. Staat garantirt.	3½	—	—
Thüringer.	4	48½	70½
Stargard-Posen.	3½	—	—

Druck und Verlag von W. Decker & Comp. in Posen.

Berantw. Redakteur: G. Hensel.

Markt 62. Ausverkauf von Weißzeug, Kragen, Spitzen u.

In- und ausländische Wein Weine sind zu billigen Preisen in der Materialhandlung am alten Markt bei J. Alexander.

Bekanntmachung.

Das im Kostener Kreise belegene Dorf Szczodrowo, wozu circa 1000 Morgen des schönsten Bodens gehören, ist aus freier Hand zu verkaufen. Die Verkaufs-Bedingungen sind in Brzownia bei Xixi zu erfahren.

Auktion.

Am 18ten April 1849 werden in dem Dorfe Szczodrowo bei Kosten verschiedene Wirtschaftsgeräte, Kutschwagen, Möbel usw. plus ländl. verkauft werden.

Ein Rittergut des Gnesener Kreises, jedoch innerhalb der Demarkations-Linie und hierdurch zu Deutschland gehörig, belegen, mit einem Kreis von 2556 Morgen des besten Weizenbodens, zu neuen massiven Wirtschafts-Gebäuden und einem sehr bequemen Wohnhause und Park-Umgebung, will die Besitzer desselben verkaufen, oder auf mehrere Jahre verpachten.

Das Nähere hierüber, so wie Bedingungen selbst ertheilt auf portofreie Anfrage

- 1) der Partikulier Herr Köhler in Gnesen,
- 2) der Gutsbesitzer Rosenau zu Brostowo bei Grabowo.

Niemand ist bei mir mit der Befugnis angestellt, Käufe oder Verkäufe, Vergleiche, Verträge und dergl. in meinem Namen abzuschließen, wenn ich dazu nicht Aufruf ertheilt habe.

Heliodor Graf Skorzewski, Eigentümer der Herrschaften Zaniempśl, Jaszko, Zysko, Zbyszewice und Próchnowo.

In Próchnowo bei Margonin stehen drei hundert Stück fette Hammel und mehrere Stücke Rindvieh zum Verkauf.

Der Krug und Schank sind in Luban bei Posen zu verpachten; nähere Auskunft ertheilt das dortige Schulzen-Amt.

Zu meinem Hause 2te Etage, Wilhelmplatz No. 283/13, ist vom 1. April c. ab eine möblierte Stube nebst 2 Kammer zu vermieten.

v. Bünting, Major a. D.

Zwei Stuben im ersten Stock, Sapieha-Platz No. 7, in der Matzmühle, sind zu vermieten und sogleich zu bezahlen.

Colosseum.

Sonntag den 25ten März großes Konzert mit Saiten-Instrumenten. Eintritt 2½ Sgr. Anfang 7 Uhr.

Allgemeinen Muster-Zeitung, Album für weibliche Arbeiten und Moden.

Preis vierteljährlich ½ Rthlr.

ist die erste Nummer des 2ten Quartals für 1849 bereit ausgegeben, und werden hierauf, so wie auf das verlassene Quartal und die Jahrgänge 1846 bis 1848 von jeder Buchhandlung Bestellungen angenommen. — Die Musterzeitung erscheint monatlich zwei Mal; jede Nummer besteht aus einem Bogen Text, zu welchem abwechselnd entweder ein ganzer Bogen Muster, oder ein halber Bogen Muster und ein Modebild gegeben werden. Der Text enthält: Interessante Erzählungen, Modeberichte, die Erklärung der Musterbogen und neuer weiblicher Arbeiten, Miscellen usw., einen Rebus. Zu Aufträgen empfiehlt sich besonders:

G. S. Mittler in Posen.

Stettin, täglich zweimal, mit Ausnahme der Sonn- und ersten Festtage und kostet vierteljährlich bei allen deutschen Postämtern 2 Thlr. und ohne das Handelsblatt 1 Thlr. 7½ Sgr.

Die hiesige städtische Irrenbewahr-Aufstalt soll durch einen Anbau und Ueberbau im Laufe des Jahres erweitert und der Bau in Entreprise gegeben werden.

Wir haben einen Visitationstermin auf den 30. d. Mts. Vormittags 11 Uhr auf dem Rathaus anberaumt, zu welchem Unternehmungslustige eingeladen werden.

Die Bedingungen, so wie der Kosten-Anschlag und die Zeichnung liegen während der Amtsstunden in unserer Registratur zur Einsicht offen.

Posen, den 13. März 1849.

Der Magistrat.

Edictal-Vorladung.
 Nachdem über das gemeinschaftliche Vermögen des am 12. September 1847 verstorbenen Gutsbesitzers, Grafen Gustachius Wollomowicz und dessen hinterbliebenen Witwe, Gräfin Wollomowicz, Julie, geborene von Breza, mittelst Liquidations-Prozess eröffnet worden ist, wird zur Anmeldung und Ausweisung aller Forderungen an das Vermögen der Gemeinschaft ein Termin auf den 26. Juli 1849 Vormittags um 10 Uhr

vor dem Deputirten, Herrn Landgerichts-Rath von Poltrowski im Instruktions-Zimmer des künftigen Kreis-Gerichts zu Gnesen anberaumt; zu welchem die unbekannten, und außerdem folgende, dem Aufenthalte nach unbekannten Gläubiger, als:

- 1) die Joseph und Praxedia von Stablewski'schen Eheleute,
- 2) der Stanislaus von Kossowski,
- 3) die Barbara und Severine, Geschwister von Drzewiecka und die Erben der Elisabeth von Drzewiecka,
- 4) der Rittergutsbesitzer Johann Nepomuk von Modlibowski,

5) der Eugen von Breza,
 6) der Titus von Breza,
 7) der August von Breza,
 8) der Vladimir von Breza,
 9) die Marianne Kaiser'schen Erben,

10) die Eben des Baron von Koltwitz, unter der Warnung vorgeladen werden, dass der Ausbleibende aller seiner etwaigen Vorrechte verlustig erklärt und mit seinen Forderungen nur an dasjenige, was nach Befriedigung der sich melgenden Gläubiger von der Masse etwa noch übrig bleibt, verweisend werden wird.

Bromberg, den 29. November 1848.

Königliches Ober-Landesgericht,
 II. Senat.

Ich beehre mich ergeben zu anzeigen, dass ich im Hause des Herrn Kolanowski, Breslauer Straße No. 35, eine Fleischwaren- und Wurst-Handlung eröffnet habe, und ersuche das gesuchte Publikum, mir das bisherige Vertrauen auch in diesem neuen Lokale geneigt zu schenken. Das Pfund frisches Schweinefleisch verkaufe ich zu 3 Sgr. 6 Pf.

Posen, im März 1849.

Julius Schulz.

Extra seines Königsgräu-cherpulver,
 in Glasen à 5 Sgr.,
 einen erquickenden und angenehmen
 Wohlgeruch verbreitend, empfiehlt
 Ludwig Johann Meyer, Neustadt.

Nürnbergiger Lefferle.
 Eine Sorte Pfefferkuchen, sehr schmackhaft, à Pfund 10 Sgr.
Berliner Fruchtbonsbons, à Pfund 15 Sgr. empfiehlt
 Ludwig Johann Meyer, Neuestraße.